

Vorwort

Die Europäische Union nimmt für sich in Anspruch eine Wertegemeinschaft zu sein, nicht nur nach innen, sondern auch nach außen. Diesem proklamierten Selbstverständnis entsprechend hat sie sich die Förderung von Demokratie und Menschenrechten auf ihre Fahnen geschrieben. Die Euro-Mediterranen Assoziierungsabkommen, die die EU mit fast allen arabischen Mittelmeeranrainern sukzessive abgeschlossen hat, lassen sich in diesem Kontext als Instrumentenkasten für die Durchsetzung ihrer normativen Zielsetzung im südlichen Mittelmeerraum interpretieren, einer Region die für die besondere Resilienz autoritärer Herrschaft bekannt ist. Jakob Farah, in der *community* auch noch unter seinem Geburtsnamen Jakob Horst bekannt, stellt vor diesem Hintergrund das Assoziierungsabkommen der EU mit Algerien auf den Prüfstand. Im Gegensatz zur *mainstream*-Literatur der Demokratisierungsforschung vollzieht er dabei jedoch einen radikalen Perspektivwechsel: Er fragt weder nach den Intentionen der EU, noch interessiert es ihn ob die EU gegenüber Algerien eher norm- oder interessengeleitet agiert. Im Fokus stehen alleine die Wirkungen, die das Assoziierungsabkommen mit der EU in Algerien generiert – egal ob intendiert oder nicht. Um diesen Perspektivwechsel theoretisch zu unterfüttern, greift er auf das *structural power*-Konzept von Susan Strange zurück, das ebenfalls nicht nach den Intentionen des Akteurs fragt, sondern auf die Strukturen fokussiert, die ein internationaler Akteur, hier die EU, durch sein nach außen gerichtetes Handeln global durchsetzen kann.

Geleitet wird die Untersuchung von der Annahme, dass *nicht intendierte Effekte* des Assoziierungsabkommens eine Stabilisierung der Mechanismen autoritärer Herrschaft in Algerien fördern. Mit dieser geradezu paradox anmutenden These hat Jakob Farah eine Forschungslücke entdeckt, die noch nicht in vergleichbarer Intensität bearbeitet wurde. Während sich nämlich die umfangreiche Literatur zur externen Demokratisierung, die nach dem Ende des Kalten Krieges und im Kontext der EU Beitritts- und Nachbarschaftspolitik geradezu boomte, vorwiegend auf politische und sicherheitspolitische Faktoren konzentrierte, nimmt Farah die weit weniger beachteten wirtschaftlichen Dynamiken der Partnerschaftspolitiken in den Blick. Aufgrund der reichhaltigen Erdgas- und Ölvorkommen, spielt im Kontext Algeriens dessen Rentierstaatscharakter eine besondere Rolle, der bekanntermaßen autoritäre Herrschaftsstrukturen strukturell stabilisiert. Den genauen Nexus zwischen Rentierstaatlichkeit und Autoritarismus zeichnet Farah en Detail nach, wobei er anschaulich zwischen strukturellen und situativen politischen Effekten der Rente differenziert. In Algerien haben die handelspolitischen Maßnahmen der EU, so das Ergebnis seiner empirischen Untersuchung, die strukturellen Grundlagen der politischen Öko-

nomie Algeriens noch weiter verfestigt. Anstatt der gewünschten Diversifizierung des produktiven Sektors, hat die handelspolitische Kooperation mit der EU zu einer noch stärkeren Abhängigkeit vom Hydrocarbonsektor geführt und damit Algeriens Rentierstaatscharakter weiter ausgebaut. In Folge dessen wurde das privat produzierende Unternehmertum, auf das die EU so große Hoffnungen setzt, weiter geschwächt. Algeriens ökonomische Eliten bleiben *rentseeker* und können gar nicht zu den demokratischen *change agents* werden, auf die die EU eigentlich gehofft hat. Damit hat die EU zumindest indirekt zu einer Festigung des Systems der Rentendistribution beigetragen, mit den üblichen stabilisierenden Effekten für das System autoritärer Herrschaft. Farah bringt diesen Zusammenhang anschaulich auf den Punkt, wenn er von einer Perpetuierung der polit-ökonomischen Grundlagen autoritärer Herrschaftsmechanismen spricht. Eine für die EU desaströse Bilanz!

Mit seiner Arbeit liefert Farah einen weit über diese Fallstudie hinausgehenden Erklärungsansatz für die ebenso heftig wie kontrovers diskutierte Frage nach den zum Teil kontraproduktiven Auswirkungen europäischer Außenhandelspolitik. Ein wesentlicher und hier noch unerwähnter Erklärungsfaktor scheint mir dabei der geradezu ideologische Glaube an die Modernisierungstheorie innerhalb der EU zu sein, ein Glaube, der allen *rational choice*-Ansätzen zur Erklärung außenpolitischen Verhaltens Hohn spricht. Gemeint ist die Vorstellung, dass Modernisierung und wirtschaftliche Liberalisierung geradezu zwangsläufig politische Demokratisierung nach sich zögen. Die Unfähigkeit der EU, insbesondere der Europäischen Kommission, auf die Fehlentwicklungen in Algerien (und nicht nur dort) zu reagieren, belegt Farah anschaulich in seiner kritischen Bilanz der Mittelmeerpartnerschaft seit Mitte der 1990er Jahre. Allen negativen Begleiterscheinungen der Freihandelsabkommen in den Rezipientenländern zum Trotz hält man in der Europäischen Kommission ausgerechnet diesen Bereich der Mittelmeerpartnerschaft für ein Erfolgsmodell und feiert es geradezu euphorisch. Die vermeintlichen Erfolge sind jedoch allenfalls auf der Makroebene nachweisbar und halten einer näheren Prüfung, die die defizitären Auswirkungen auf die polit-ökonomischen Strukturen mit in den Blick nimmt, nicht stand. Farahs kritische Ausführungen zur Modernisierungstheorie sind eingebettet in einen historischen Überblick über die Handelstheorien womit zugleich verdeutlicht wird, dass Handelstheorien einen historisch-politischen Kontext haben und wandelbar sind. Diese Erkenntnis könnte ein Ausgangspunkt für politische Lernprozesse innerhalb der EU sein - Voraussetzung für den dringend nötigen Wandel ihrer fehlgeleiteten Außenhandelspolitik.

Ich hatte große Freude, die dieser Publikation zugrunde liegende Dissertation zu betreuen, die Jakob Farah im Frühjahr 2014 an der Helmut-Schmidt Universität in Hamburg erfolgreich verteidigte. Und so möchte ich mich abschließend Rachid Ouaisa anschließen, der als Zweitgutachter die vorliegende Publi-

kation als unterhaltsames und zugleich intellektuell hoch anspruchsvolles Lesevergnügen lobte. Dieses Lesevergnügen, das ich voll und ganz teile, verdankt sich nicht zuletzt der Tatsache, dass Jakob Farah klar Stellung bezieht, mitunter auch scharf formuliert und damit Wissenschaft und politische Leidenschaft aufs Beste vereint.

Annette Jünemann

Hamburg im Juli 2014

Handelsliberalisierung im Rentierstaat
Autoritäre Herrschaft in Algerien und das
EU-Assoziierungsabkommen

Farah, J.

2015, XIX, 255 S. 7 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-07714-3